

Zornedinger Panorama



Ausgabe 13 – Mai 2024 – Liberale Nachrichten für Ingelsberg, Pöring, Wolfesing und Zorneding

Freie
Demokraten
FDP

Drama um

Bezahlbare Gemeindewohnungen:

von Dr. Siad Abdin-Bey, FDP Zorneding

Zorneding kämpft mit Fehlbelegung und Investoreninteressen.

In Zorneding sorgt die Vergabe von gemeindeeigenen Wohnungen zu vergleichsweise günstigen Mietpreisen für Unruhe. Das Ziel, Bedürftigen in der Gemeinde angemessenen Wohnraum zu bieten, wird durch das Phänomen der Fehlbelegung erschwert.

Ein besonders frustrierendes Szenario ist die Unterbelegung von größeren Wohnungen, die eigentlich für Familien vorgesehen waren, jedoch später nur noch von ein oder zwei Personen bewohnt werden. Dadurch bleiben junge Familien, die dringend Platz benötigen, auf der Strecke.

Ein weiteres Problem ist die Situation, in der ehemals bedürftige Mieter durch eine positive finanzielle Entwicklung die vergünstigte Miete nicht mehr benötigen würden.

Doch die Gemeinde ist machtlos, um diesem Misstand entgegenzuwirken. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass soziale Unterstützung keine Einbahnstraße ist. Wer in einer schwierigen Situation auf Hilfe angewiesen ist, sollte auch bereit sein, anderen in Not zu helfen. Doch leider wird dieses Prinzip oft vernachlässigt.

Die ohnehin knappe Verfügbarkeit von Gemeindewohnungen wird zusätzlich durch Investoren erschwert, die durch die Umwidmung von Wiesen zu Bauland hohe Gewinne erzielen, dann aber versuchen, sich mit allen Mitteln um die vereinbarten Gegenleistungen zu drücken, was die Situation für bedürftige Bürgerinnen und Bürger weiter verschärft.

Es erinnert an vergangene Zeiten, als es als verwerflich galt, sich auf Kosten der Schwächsten in der Gesellschaft zu bereichern. Doch heute scheint der persönliche Profit über allem zu stehen. Eine bedauerliche Entwicklung für eine Gemeinschaft, die auf Solidarität und soziale Verantwortung angewiesen ist.

Die ehemalige Pörringer „Wimmerwiese“ mit rund 30.000 Quadratmetern Ackerfläche wurde gemäß Gemeinderatsbeschluss und städtebaulichem Vertrag zum Bauland, um dort ca. 200 Wohnungen zu realisieren. 50 davon sollte der Investor im Rahmen dieses Vertrags als „Bezahlbare Gemeindewohnungen“ mit Belegungsrecht durch die Gemeinde Zorneding bauen. Inzwischen sind mehr als 100 fertiggestellt, aber noch keine einzige der „Bezahlbaren“. (Foto : Sterner)

Renate Will: Wieder in Zorneding angekommen	2
Kommentar: Krieg in der Ukraine / Impressum	4
Steuer-Harmonisierungen in der EU seit 1990	5
Europa-Wahl-Spezial der FDP Zorneding	
Das Wahlprogramm / Wahlkampfauftakt	6
Kurzportrait über unseren Landkreiskandidaten	8
Bayerischer Spitzenkandidat Phil Hackemann	9
Interview mit unserem Landkreiskandidaten	10
Steuereinnahmen vs. Steuerausgaben in Deutschland	12
Erste Verkehrskonzept-Maßnahmen für Zorneding	14
Maibaum-Tradition in Zorneding	16

Interview mit Renate Will:

Wieder in Zorneding angekommen

Das Interview führte Peter Pernsteiner, FDP Zorneding

Die ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete Renate Will ist sicher vielen älteren Zornedingern als aktive Mitbürgerin ein Begriff – insbesondere vom Rosa-Schöpf-Kindergarten. 1992 zog sie nach Baldham aber 30 Jahre später kehrte sie zurück nach Zorneding.

Du bist vor fast 50 Jahren in Zorneding gelandet und vor mehr als 30 Jahren weggezogen, aber Zorneding hat Dich wohl nie ganz losgelassen, sonst wärs Du nicht zurückgekehrt!?

Es ist herrlich wieder hier in Zorneding zu sein! Quasi „back to the roots“ wo alles begann. Im Herbst 1976 sind wir als junge Familie nach Zorneding gezogen. Meine drei Kinder sind hier in den damaligen Rosa-Schöpf-Kindergarten gegangen, der ein paar Jahre davor als „Verein für Vorschulpädagogik auf dem Lande e.V.“ gegründet wurde. Ich war in diesem Verein immerhin sechs Jahre als Vorsitzende tätig und das dürfte auch einer der Gründe sein, warum mir selbst heute noch das Thema „frühkindliche Bildung“ sehr am Herzen liegt.

Deine Kinder gingen hier zur Schule und Du warst auch im Zornedinger Gemeinderat?

Ja, meine Kinder besuchten hier die Grundschule. Zudem war mein Mann ab 1978 im Zornedinger Gemeinderat und ich wurde bald danach FDP-Kreisvorsitzende. 1990 löste ich meinen Mann im Gemeinderat ab und wurde auch in den Kreistag gewählt, in dem ich 30 Jahre blieb und sehr gerne in verschiedensten Ausschüssen mitarbeitete. Den Gemeinderat musste ich aber leider 1992 wieder verlassen, weil wir nach Baldham umzogen, wo mein Mann seine Kanzlei hatte und unsere drei Kinder ins Gymnasium gingen.

Das Thema Bildung zieht sich wie ein roter Faden durch Dein Leben!

Von Anfang an galt mein politisches Interesse der Bildungspolitik und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich brachte meine Ideen und Vorstellungen fortan im Landes-



Renate Will fühlte sich am 1. Mai in ihrer neuen alten Heimat Zorneding sichtlich wohl. (Fotos: Pernsteiner)

fachausschuss Bildung der FDP ein und stellte zahlreiche Anträge auf Parteitag zur Bildungspolitik, die schließlich in das Landeswahlprogramm der FDP einfließen.

Wie ging Deine politische Karriere weiter?

Im Jahr 2000 wurde ich auf einem Parteitag zur Bezirksvorsitzenden von Oberbayern gewählt und zog in den Landesvorstand ein. 2001 wurde ich dann stellvertretende Landesvorsitzende. In dieser Zeit besuchte ich bereits zahlreiche Schulen und gehörte dem Bundesfachausschuss Bildung an. Nachdem Deutschland in der Pisa-Studie 2003 schlecht abgeschnitten hatte, begann ich zudem mit der Organisation von Bildungskongressen, um die Politik wachzurütteln. 2005 übernahm ich dann ehrenamtlich gegen

eine kleine Aufwandsentschädigung die Geschäftsführung der FDP Bayern und bereitete mit viel Engagement und Herzblut den Landtags-Wahlkampf 2008 vor, in dem ich selbst als Kandidatin antrat – mit Erfolg.

Und auch dort ging es wieder um das Thema Bildung!

Selbstverständlich. Bei den Koalitionsverhandlungen mit der CSU durfte ich von Anfang dabei sein ... und legte meinen Schwerpunkt auf die Bildungspolitik. Wir konnten dann in den folgenden Jahren der CSU-FDP-Koalition im Bayerischen Landtag diesbezüglich einiges erreichen. Zum Beispiel haben wir der CSU abgerungen, dass das letzte Kindergartenjahr als Vorschuljahr beitragsfrei für die Eltern werden sollte. Auch die Einführung von offenen und ge-



oberschulen konnten realisiert werden – unter anderem in Poing.

Ich war in meiner Landtagszeit auch im Rundfunkrat und im Vorstand der Landeszentrale für politische Bildung. Zur Halbzeit der Legislaturperiode wurde ich zudem stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion.

Hat die CSU alle Deine Bildungswünsche umgesetzt?

Leider nicht. Insbesondere die Inklusion an Schulen wurde nicht so realisiert, wie mit uns besprochen und vereinbart. Nach langem Ringen konnte ich jedoch noch erreichen, dass an der Hochschule Rosenheim ein dualer Studiengang für Elementarpädagogik etabliert werden konnte.

Und 2013 war dann für Dich Schluss mit der großen Politik!

Tja, so spielt das Leben. 2013 scheiterte die FDP an der 5-Prozent-Hürde und ich war raus aus dem Landtag. 2015 rückte ich für meinen Mann im Gemeinderat Vaterstetten nach und blieb dort Mitglied bis zu meinem Umzug nach Zorneding im Jahr 2022.

ding im Jahr 2022.

Und jetzt genießt Du das Leben abseits der Politik?

Natürlich kann ich nach 30 Jahren Kommunalpolitik nicht voll und ganz unpolitisch werden ... und ich denke, dass es vielen langjährigen Mitgliedern von kommunalen Gremien genauso ergeht. Deshalb bin ich weiterhin FDP-Mitglied. Zudem bin ich Beisitzerin im Ortsvorstand der FDP Vaterstetten geblieben, um die Verbundenheit zu meiner langjährigen zweiten Heimatgemeinde zu unterstreichen.

Zorneding ist aber jetzt Deine neue alte Heimat?

Ja, ich genieße es, dass hier alte Erinnerungen wieder aufleben. Ich liebe den ländlichen Charme von Zorneding und das Engagement der vielen Ehrenamtlichen. Meine Kinder kommen auch sehr gerne zu Besuch und treffen hier zahlreiche alte Freunde und sogar meine Enkel lieben inzwischen Zorneding.



bundenen Ganztagschulen sollte schon damals ein wichtiger Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden. Wir gaben den einzelnen Schulen mehr Freiheit um ein eigenes Profil zu bilden.

Die Hauptschulen standen damals vor dem Aus und so entstanden dann die Mittelschulen im Verbund, was für den ländlichen Raum entscheidend war. Auch Real- und Fach-

Zwei FDP-Plakat-Slogans, die Renate Will prägte:

**„Gute Bildung kostet ...
schlächte noch fiel mehr!“**

(Anmerkung der Redaktion: Auf dem Plakat wurden damals bewusst diese zwei sehr offensichtlichen Schreibfehler gedruckt)

**„Jeder Euro der in Bildung fließt,
zahlt sich mehrfach aus!“**

Krieg in der Ukraine

Diplomatische Lösung in weiter Ferne

Kommentar von Dr. Robert Harrison, FDP Zorneding

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 hat sich die FDP dazu positioniert, die Ukraine in ihrem Kampf gegen die russische Aggression zu unterstützen. Durch die Wahl der Spitzenkandidatin für die Europawahl – die Eurofighterin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, derzeit Vorsitzende im Verteidigungsausschuss des Bundestags, hat die Partei die Bedeutung der Europawahlen im Juni 2024 für den Frieden in Europa untermauert.

Von Anfang an war die FDP klar in ihrer Verurteilung der russischen Invasion und hat sich für umfassende Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung ausgesprochen. Dies umfasst nicht nur humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung, sondern auch militärische. Der FDP-Vorsitzende, Finanzminister Christian Lindner hat betont, dass die Ukraine in ihrem Kampf für Souveränität und territoriale Integrität nicht allein gelassen werden darf. Die russischen Streitkräfte müssen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abgezogen werden.

Die FDP hat sich auch für die Lieferung von Waffen an die Ukraine eindeutig ausgesprochen, um das angegriffene Land in die Lage zu versetzen, sich gegen die russische Invasion zu verteidigen. Diese Position hat zu einer Debatte innerhalb der deutschen Gesellschaft geführt, wobei einige befürchten, dass Waffenlieferungen den Konflikt verlängern könnten. Die FDP argumentiert jedoch, dass die Ukraine das Recht hat, sich zu verteidigen, und dass NATO sowie Deutschland und andere westliche Länder ihre Unterstützung entsprechend anpassen sollten.

Neben der militärischen Unterstützung hat die FDP auch die Bedeutung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland hervorgehoben. Wir sehen Sanktionen als ein wichtiges Instrument, um den Druck auf das russische Regime zu erhöhen und seine Fähigkeit zur Finanzierung des Krieges zu verringern. Gleichzeitig betont die FDP die Notwendigkeit, die Auswirkungen der Sanktionen auf die europäische Wirtschaft im Auge zu behalten und Lösungen zu finden,

um negative Folgen für die einheimische Industrie soweit möglich zu minimieren.

Die Ampel-Regierung unter Beteiligung der FDP hat sich auch für eine starke humanitäre Hilfe für die Ukraine und die leidtragende Bevölkerung ausgesprochen. Dies umfasst sowohl die Unterstützung von Menschen, die in der Ukraine bleiben wollen, als auch die Aufnahme von über eine Million Flüchtlingen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Die Partei hat sich für eine pragmatische Flüchtlingspolitik eingesetzt, die den Bedürfnissen derjenigen, die vor dem Krieg fliehen, gerecht wird, während sie gleichzeitig darauf achtet, dass die Integrationskapazitäten der Gemeinden und Kreise nicht überfordert werden. Wir streben auch eine Integration der in Deutschland lebenden Ukrainern in das Arbeits- und Bildungssystem an.

Obwohl die FDP die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine befürwortet, haben unsere außenpolitischen Sprecher, u.a. der bayerische Abgeordnete Uli Lechte, auch die Bedeutung diplomatischer Bemühungen und Friedensverhandlungen betont. Wir sind der Meinung, dass ein dauerhafter Frieden nur durch Verhandlungen erreicht werden kann, und fordern, dass internationale Bemühungen in diese Richtung verstärkt werden.

Die Position der FDP zum Krieg in der Ukraine ist geprägt von einer klaren Verurteilung der russischen Invasion und einer entschlossenen Unterstützung der Ukraine. Wir suchen weiterhin eine diplomatische Lösung, auch wenn diese in weitere Ferne gerückt ist. Unsere ausgewogene Sichtweise spiegelt unsere Überzeugungen wider, dass Freiheit, Frieden und Sicherheit miteinander in Einklang gebracht

werden müssen, um einen gerechten und dauerhaften Frieden in Europa zu erreichen.



Dr. Robert Harrison aus Zorneding ist Europawahl-Kandidat für die FDP. (Foto: Laurence Chaperon)

Impressum:

Zornedinger Panorama – Liberale Nachrichten für Ingelsberg, Pöring, Wolfesing und Zorneding

Herausgeber: FDP Zorneding, www.fdp-zorneding.de

V.i.S.d.P.: Peter Pernsteiner, Rosa-Schöpf-Straße 1c, 85604 Zorneding

Texte: Dr. Siad Abdin-Bey, Phil Hackemann, Dr. Robert Harrison, Peter Pernsteiner, Christoph Reisbeck, Melanie Schaffenroth

Fotos: Laurence Chaperon, FDP München, Dr. Robert Harrison, Peter Pernsteiner, Melanie Schaffenroth, Dirk Sterner

Redaktion/Layout: Peter Pernsteiner

Druck: PDF-Version des in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckten Zornedinger Panorama Nr. 13 für die Verbreitung via Internet.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Die enthaltenen sachlichen Informationen können nur verkürzt dargestellt werden. Der Herausgeber übernimmt daher keine Haftung für unrichtige, unvollständige oder falsche Angaben. Nachdruck und Veröffentlichung von Beiträgen (oder Teilen von Beiträgen) aus dieser Zeitung nach Rücksprache kostenlos möglich. Dazugehörige Bilder können wir ebenfalls auf Anfrage in digitaler Form zur Verfügung stellen.

Steuer-Harmonisierungen

in der EU seit 1990

von Melanie Schaffenroth, FDP Zorneding

Ein Blick auf Deutschland

Seit den 1990er Jahren hat die EU zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um eine größere Steuerharmonisierung zwischen den Mitgliedsstaaten zu erreichen. Diese Maßnahmen waren teilweise durch die Notwendigkeit motiviert, steuerliche Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und einen fairen Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes sicherzustellen. Gleichzeitig sollten sie auch die Effizienz und Transparenz der Steuersysteme verbessern.

In Bezug auf Deutschland hat sich die steuerliche Landschaft seit der Wiedervereinigung erheblich verändert. Ein zentraler Aspekt war die Angleichung der Steuersysteme zwischen den ehemaligen West- und Ost-Teilen Deutschlands. Dies war ein langwieriger Prozess, der darauf abzielte, eine einheitliche steuerliche Grundlage im gesamten Bundesgebiet zu schaffen.

Ein bedeutendes Ereignis war die Einführung der sogenannten Solidaritätszuschlagsteuer (Solidaritätszuschlag), die 1991 eingeführt wurde, um die Kosten der Wiedervereinigung zu decken. Obwohl dieser Zuschlag ursprünglich als vorübergehende Maßnahme geplant war, wurde er später dauerhaft beibehalten und trug zur Finanzierung verschiedener Staatsausgaben bei.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Steuerharmonisierung in Deutschland war die Einführung der sogenannten Unternehmensteuerreform im Jahr 2008. Diese Reform zielte darauf ab, die Besteuerung von Unternehmen zu modernisieren und internationalen Standards anzupassen. Sie umfasste unter anderem die Senkung der Körperschaftsteuer sowie die Einführung einer pauschalen Besteuerung von Gewinnen aus bestimmten Beteiligungen.

Die Anfänge der Steuer-Harmonisierung in der EU

Die ersten Schritte zur Steuerharmonisierung in der Europäischen Union wurden nach dem Abschluss des Maastricht-Vertrags von 1992 unternommen. Dieser Vertrag legte den Grundstein für die wirtschaftliche und politische In-



Melanie Schaffenroth ist der zweite Teil der Doppelspitze des Ortsvorstands der FDP-Zorneding. Sie lebt gemeinsam mit ihrer Familie seit 2017 in Pöring. Beruflich ist sie Steuerjuristin. Mitte 2023 hat sie sich als Unternehmensberaterin selbständig gemacht. Sie unterstützt Firmen bei deren Unternehmensgründung, Steuerbuchhaltung und Aufstellung von deren Geschäftsprozessen. (Foto: Schaffenroth)

tegration der EU und ebnete den Weg für eine verstärkte Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen, einschließlich der Steuerpolitik.

Ein zentrales Ziel der Steuerharmonisierung war es, die Hemmnisse für den Binnenmarkt abzubauen. Vor dem Hintergrund des zunehmenden grenzüberschreitenden Handels und der wirtschaftlichen Integration erkannten die Mitgliedstaaten die Notwendigkeit, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu schaffen. Uneinheitliche

Steuersysteme und unterschiedliche Steuersätze erschwerten jedoch den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU.

In den 1990er Jahren lag der Fokus der Bemühungen zur Steuerharmonisierung insbesondere auf den Mehrwertsteuersätzen. Die Mitgliedsstaaten strebten danach, eine gewisse Einheitlichkeit bei der Besteuerung von Waren und Dienstleistungen zu erreichen. Dies sollte dazu beitragen, den grenzüberschreitenden Handel zu erleichtern und Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Annahme von Richtlinien zur Angleichung der Mehrwertsteuersätze und -regelungen. Diese Richtlinien legten Mindeststandards fest und ermöglichten den Mitgliedstaaten gleichzeitig eine gewisse Flexibilität bei der Festlegung ihrer eigenen Steuersätze. Ziel war es, einen Kompromiss zwischen der Notwendigkeit einer gewissen Harmonisierung und der Anerkennung der nationalen Steuerhoheit zu finden.

Die Euro-Einführung und ihre steuerlichen Auswirkungen

Die Einführung des Euro als gemeinsame Währung im Jahr 2002 markierte einen historischen Schritt in Richtung einer tieferen wirtschaftlichen Integration innerhalb der Europäischen Union. Mit der Einführung des Euro wurden die nationalen Währungen von vielen EU-Mitgliedstaaten durch eine einzige Währung ersetzt,

was den Handel erleichterte, die Transaktionskosten senkte und die Preisstabilität förderte.

Doch die Einführung des Euro brachte auch steuerliche Herausforderungen mit sich. Die einheitliche Währung schuf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, in dem Unternehmen und Bürger grenzüberschreitend agierten. Dadurch wurden potenzielle Wettbewerbsverzerrungen und Steuerhinterziehung verstärkt sichtbar. Unterschiedliche Steuersätze und -regelungen zwischen den Mitgliedstaaten

konnten dazu führen, dass Unternehmen Standorte wählen, die aufgrund ihrer Steuerpolitik einen Wettbewerbsvorteil boten.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurde die Koordination der Steuerpolitik innerhalb der EU verstärkt. Insbesondere wurde die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Fragen der Unternehmensbesteuerung, der Mehrwertsteuer und anderer direkter und indirekter Steuern erkannt. Ziel war es, eine Steuerharmonisierung voranzutreiben, die es ermöglichte, gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen im Euroraum zu schaffen.

Die Herausforderungen der Unternehmensbesteuerung

Die Frage der Unternehmensbesteuerung steht im Mittelpunkt der Diskussionen zur Steuerharmonisierung in der Europäischen Union. Die Vielfalt der Steuersysteme und Steuersätze in den EU-Ländern hat Bedenken hinsichtlich Steuervermeidung und unfairen Wettbewerbs aufkommen lassen. Unternehmen könnten Standorte wählen, die aufgrund ihrer Steuerpolitik einen Vorteil bieten, was zu einem Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze führen kann. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurden verschiedene Initiativen ins Leben gerufen. Eine der bedeutendsten war die Idee der Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB), auch als Gemeinsame Konsolidierte Unternehmenssteuer-Bemessungsgrundlage (GKU) bekannt. Das Ziel dieser Initiative war es, eine einheitliche Basis für die Besteuerung von Unternehmen in der EU zu schaffen.

Aktuelle Entwicklungen und Ausblick

Die Diskussionen über die Steuerharmonisierung innerhalb der Europäischen Union bleiben auch heute von großer Relevanz. Angesichts neuer Herausforderungen wie der Digitalisierung der Wirtschaft und der steuerlichen Behandlung multinationaler Unternehmen ist die Notwendigkeit einer gemeinsamen steuerlichen Agenda dringender denn je. Die fortschreitende Digitalisierung hat die traditionellen Geschäftsmodelle verändert und neue steuerliche Fragen aufgeworfen. Die Besteuerung von digitalen Dienstleistun-

gen und Online-Plattformen stellt eine besondere Herausforderung dar, da diese oft grenzüberschreitend tätig sind und es schwierig sein kann, ihre Gewinne angemessen zu besteuern. Die EU hat versucht, Lösungen zu finden, um eine gerechte Besteuerung digitaler Unternehmen sicherzustellen und Steuerschlupflöcher zu schließen.

Ein weiterer wichtiger Bereich betrifft die Besteuerung multinationaler Unternehmen. Aufgrund ihrer globalen Präsenz und der Möglichkeit, ihre Gewinne zwischen verschiedenen Jurisdiktionen zu verschieben, können multinationale Unternehmen Steuersysteme ausnutzen, um ihre Steuerlast zu minimieren. Dies hat zu Forderungen nach einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit und koordinierten Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewinnverlagerung und Steuervermeidung geführt.

Insgesamt ist die Steuerharmonisierung ein äußerst komplexer und oft kontroverser Prozess. Die Mitgliedstaaten der EU verfolgen weiterhin ihre eigenen steuerpolitischen Ziele und verteidigen ihre Souveränität in steuerlichen Angelegenheiten. Gleichzeitig erkennen sie jedoch die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit, um die Funktionsweise des Binnenmarktes zu verbessern und einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Die Suche nach einem ausgewogenen Ansatz für eine effektive und faire Steuerkoordination bleibt eine anhaltende Herausforderung. Es ist wichtig, die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen und gleichzeitig gemeinsame Ziele zu verfolgen, um Steuervermeidung zu bekämpfen, den Binnenmarkt zu stärken und ein gerechtes Steuersystem zu schaffen.

Obwohl der Weg zu einer umfassenden Steuerharmonisierung sicherlich noch nicht abgeschlossen ist, spiegeln die Bemühungen der letzten drei Jahrzehnte den gemeinsamen Wunsch wider, eine gemeinsame wirtschaftliche Zukunft innerhalb der Europäischen Union zu gestalten. Durch konstruktive Dialoge und koordinierte Maßnahmen können die EU-Mitgliedstaaten weiterhin Fortschritte bei der Steuerharmonisierung erzielen und die Herausforderungen der modernen Wirtschaft erfolgreich bewältigen.

Streitbar in Europa

Das Wahlprogramm der FDP

zusammengestellt von Christoph Reisbeck, FDP Zorneding

Europa ist ein großartiges Projekt, das uns Frieden, Freiheit und Wohlstand bringt. Dabei sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte die grundlegenden Werte und damit die Essenz der Europäischen Gemeinschaft. Sie garantieren uns Wohlstand, Sicherheit und Frieden.

Allerdings verbinden viele Bürger die Europäische Union (EU) heute mit Krisen, Bürokratie und Fremdbestimmung. Denn der gemeinsame Binnenmarkt, grenzenloses Reisen, wirtschaftlich enge Zusammenarbeit, freie Wahl des Studien- und Arbeitsplatzes als auch des Wohnorts sind für uns selbstverständlich geworden. Doch diese Erfolge werden durch innere und äußere Kräfte in Frage gestellt und es wird versucht unser so erfolgreiches gemeinsames Europa zu destabilisieren. Mehr denn je müssen wir für unsere gemeinsamen Werte entschlossen einstehen.

Unter dem Motto ‚**streitbar in Europa**‘ stehen wir Freien Demokraten dazu bereit. Unsere Aufgabe ist es, Freiheit und Wohlstand für kommende Generationen zu erhalten. Wir stärken die europäische Wirtschaft, die Sicherheit und die Eigenständigkeit, denn Europa ist unsere Zukunft.

9. Juni 2024: Europawahl

Das Kurzwahlprogramm

Europa gemeinsam verteidigen:

Wir müssen unsere Freiheit verteidigen. Dies wird uns nur gemeinsam gelingen. Daher wollen wir schnellstmöglich eine Europäische Verteidigungsunion aufbauen. Diese wollen wir zu einer Europäischen Armee weiterentwickeln.

Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten:

Europa muss schnell handeln können. Derzeit können jedoch einzelne Länder wichtige Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik blockieren. Durch Abschaffung dieses Vetorechts erhöhen wir die Handlungsfähigkeit der europäischen Gemeinschaft.

Wehrhaftes Europa:

Die in Europa entwickelten Technologien zur Verteidigung unseres Kontinents müssen gestärkt werden. Deshalb wollen wir den Europäischen Verteidigungsfonds genauso wie die gemeinsame Rüstungsbeschaffung ausbauen. Außerdem brauchen wir in allen Ländern einheitliche Regeln zum Rüstungsexport.

Klimaschutz durch Marktwirtschaft.:

Unser Klima wollen wir mit marktwirtschaftlichen Instrumenten schützen: Der europäische Emissionshandel garantiert mit seinem sinkenden Treibhausgas-Limit Wirksamkeit und Effizienz. Darüber hinaus wollen wir CO₂-Speichertechnologien ermöglichen.

Erfinden statt verbieten:

Wir brauchen eine sichere Energieversorgung und klimafreundliche Mobilität. Daher setzen wir auf Technologieoffenheit und den Erfindergeist der Menschen: E-Fuels, Fusionstechnologie und andere Innovationen können uns helfen, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Künstliche Intelligenz „Made in Europa“:

Wir wollen die Chancen von KI in allen Bereichen nutzen. Daher brauchen wir klare und einfache Regeln, die Innovationen fördern und zugleich den Schutz von Bürgerrechten gewährleisten. So wollen wir Europa zum Hotspot für KI machen.

Inflation bekämpfen:

Um unseren Wohlstand zu erhalten, geben wir der Bekämpfung der Inflation höchste Priorität. Wir setzen uns daher für finanzielle Stabilität in der EU ein. Staatliche Ausgaben dürfen nicht unbegrenzt wachsen. Einen Einstieg in gemeinsame Schulden mit anderen Ländern wird es mit uns nicht geben.

Aufstiegchancen durch Bildung:

Nur durch Bildung entstehen echte Aufstiegchancen und attraktive Arbeitsplätze. So wollen wir mit Erasmus+ jungen Menschen in den dualen Ausbildungsberufen neue Perspektiven eröffnen. Bildungsfreizügigkeit soll zu einer neuen Grundfreiheit werden.

Ordnung und Kontrolle in der Migration:

Wir stehen für eine neue Realpolitik bei irregulärer Migration. Irreguläre Migration reduzieren wir durch schnellere

Wahlkampfauftakt mit Bundestagsabgeordnetem Stephan Thomae

von Peter Pernsteiner, FDP Zorneding

Bereits am 8. Februar war für die FDP im Landkreis Ebersberg quasi der Wahlkampf-Auftakt. Im Grafinger Wildbräustüberl konnten wir im Rahmen unseres Neujahrsempfangs den Bundestagsabgeordneten **Stephan Thomae** begrüßen. Er hielt einen ausführlichen Vortrag zum Thema „Chancen schaffen, Freiheit leben: Moderne und verantwortungsvolle Einwanderungspolitik“ und stand anschließend für eine ausgiebige Diskussion zur Verfügung. Seinen Vortrag gibt es als Video auf Instagram unter

https://www.instagram.com/p/C3NLUe_StxK/

und auf Facebook unter https://fb.watch/q8toapc_vH/



Asylverfahren in Asylzentren an der EU-Außengrenze oder in Drittstaaten. Rückführungen müssen bei Ablehnung konsequent erfolgen

Bürokratiemonster bekämpfen:

Immer neue Bürokratie belastet Menschen und Betriebe in Deutschland. Viele dieser Regeln kommen aus Europa und werden von der Kommissionspräsidentin verantwortet. Wir wollen Bürokratie radikal abbauen: Für jede neue Regel aus Brüssel sollen zwei alte Regeln gestrichen werden. Denn Bürokratieabbau bringt Wachstum und kostet nichts.

Zur Einstimmung gab es auch von **Dr. Robert Harrison** von der FDP Zorneding ein Statement. Unser **FDP-Europawahl-Kandidat** (Listenplatz 28 der FDP-Bundesliste) hielt ein fundiertes Plädoyer für Europa, für die Europawahl und gegen unsägliche Dexit-Bestrebungen der AfD. Das nachfolgend verlinkte Video mit seinem Statement besteht u.a. aus folgenden Inhalten:

0:00 Wir sind eine liberale Partei, die für Europa steht

1:21 Als gebürtiger Brite bin ich über den Austritt von Großbritannien sehr enttäuscht

1:35 „Ich freue mich über das neue Staatsbürgengesetz“

2:19 Über die Dexit-Kampagne der AfD mit falschen Fakten

3:27 Auch deutsche Wirtschaft leidet unter Brexit

5:10 Frauenförderung

5:45 Ich bin ein Eurofighter

Sein Europa-Statement gibt es als Video auf Instagram unter

<https://www.instagram.com/p/C3Klq-MyZiu/>

und auf Facebook unter https://fb.watch/q8tp3R27z_/



Screenshot aus dem Video-Statement von Dr. Robert Harrison.

(Fotos: Pernsteiner)

Unsere FDP-Kreisverbandsvorsitzende Dr. Susanne Markmiller beim Neujahrsempfang im Gespräch mit Stephan Thomae

Verwaltung, die auch Englisch spricht:

Die Kommunikation mit Behörden soll für alle Menschen in Europa einfacher werden. Daher wollen wir die Kommunikation bei Behördengängen in allen EU-Ländern auf Englisch ermöglichen. Dies wird Bürgern und Unternehmen das Leben erleichtern.

Wohlstand durch mehr Freihandel:

Wir wollen unseren Wohlstand erhalten. Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben und unsere Wirtschaft muss wieder wachsen. Dafür wollen wir den Handel mit anderen

Ländern stärken. Unser Ziel ist eine Weltfreihandelszone der Demokratien.

Mehr Fachkräfte für unsere Wirtschaft:

Der Mangel an Fachkräften schwächt die Wirtschaft und führt zu steigenden Preisen. Wir wollen daher den europäischen Binnenmarkt für Arbeit, Energie, Kapital und digitale Dienstleistungen weiter ausbauen.

Einfach überall arbeiten:

Motivierten Menschen müssen alle Türen offenstehen. Wer in einem anderen Land arbeiten möchte, soll unkompliziert in den neuen Job starten können. Wer als Arbeitgeber Bürger aus einem EU-Land einstellen möchte, soll nicht in Bürokratie versinken.

5 Gründe, FDP zu wählen

1. Eine Stimme für mehr Wohlstand: Wir wollen den Binnenmarkt vertiefen, die soziale Marktwirtschaft in Europa stärken und Freihandelsabkommen mit unseren Partnern schließen.

2. Eine Stimme für mehr Sicherheit: Wir wollen die Verteidigungsfähigkeit Europas erhöhen, die Rüstungsbeschaffung ausbauen und Entscheidungen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU beschleunigen.

3. Eine Stimme für mehr Bildungs- und Aufstiegschancen: Wir wollen es einfacher machen, Angebote für ein Auslandsstudium, europaweite Möglichkeiten in der beruflichen Bildung und Arbeitsangebote in der EU zu nutzen.

4. Eine Stimme für mehr Innovationen: Wir wollen, dass Europa zum Innovationschampion wird – mit Technologieoffenheit statt Verboten sowie besseren Bedingungen für private Investitionen und Gründungen.

5. Eine Stimme für mehr Bürokratieabbau: Wir wollen die Wirtschaft und die Menschen in Europa von lähmender Bürokratie befreien und damit neue Impulse für Wachstum und Fortschritt setzen

Ein kompetentes Team für Europa

Die Freien Demokraten haben auf ihrem Europaparteitag am 28. Januar 2024 in Berlin eine große Liste mit rund 200 Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl aufgestellt und beschlossen.

Spitzenkandidatin ist unsere FDP-Verteidigungsexpertin **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann**. Sie wird von einem vielfältigen, jungen Team begleitet.

Dazu gehört auch unser Kandidat aus München und Bayern **Phil Hackemann**, den wir auf Seite 9 ausführlich vorstellen.

Aus unserem Landkreis Ebersberg haben wir mit unserem **Dr. Robert Harrison** aus Zorneding ebenfalls einen Kandidaten für die Europawahl. Er wurde auf der Aufstellungsversammlung der FDP Bayern als Nummer 3 gewählt und ist auf der Bundesliste der FDP auf Platz 28 zu finden. Ein Interview mit ihm lesen Sie auf Seite 10.



Dr. Robert Harrison

FDP-Kandidat aus unserem Landkreis

von Peter Pernsteiner, FDP Zorneding

Unser langjährig erfahrener europäischer Patentanwalt **Dr. Robert Harrison** aus Zorneding tritt vehement ein für Europa. Der promovierte Physiker ist seit 30 Jahren auch Patentanwalt. Zudem ist er Mit-Geschäftsführer einer internationalen Anwaltskanzlei mit mehreren Standorten – unter anderem in der Münchner Innenstadt. Er betreute bereits zahlreiche Unternehmen – unter anderem beim Technologie-Transfer aus Forschungsinstituten in die Industrie. Geboren ist Robert Harrison in London und neben der britischen Staatsbürgerschaft hat er auch einen australischen Pass. Seit inzwischen 25 Jahren lebt er mit seiner Frau in der Gemeinde Zorneding im Landkreis Ebersberg. Eines seiner beiden Kinder ist noch in der Schule und lebt deshalb ebenfalls noch in Zorneding.

Es ist kein Wunder, dass sich Robert Harrison schon vor acht Jahren entschieden hat, die Deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Unmittelbar nach der aus seiner Sicht unsäglichen „Brexit“-Entscheidung seines Heimatlandes hatte er dann endgültig im Landratsamt Ebersberg den Antrag auf Einbürgerung gestellt. Nach dem natürlich erfolgreich absolvierten Einbürgerungstest besitzt er nun seit 2018 auch die Deutsche Staatsbürgerschaft.

Damit ist Dr. Robert Harrison als multinationaler Bürger geradezu prädestiniert für ein Amt im Europäischen Parlament.

Aus der Fülle der allgemein verfügbaren Wahlkampfplakate der FDP haben wir uns in Zorneding für zwei Motive entschieden – eines mit unserer bundesweiten Spitzenkandidatin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann und ein Themenplakat. Für unseren Dr. Robert Harrison haben wir auf Basis eines Fotos vom Bayerischen Landesparteitag selbst ein Plakat entworfen.

(Foto: Pernsteiner)

„Europa ist unsere Zukunft.

Sonst haben wir keine.“

von Phil Hackemann, FDP München

Mehr als je zuvor muss man heute an diese berühmten Worte von Hans-Dietrich Genscher erinnern. Denn das Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsprojekt Europa steht auf der Kippe. Als Generation für die freies Reisen durch Europa und Studieren im EU-Ausland selbstverständlich ist, scheint ein vereinigtes Europa alltäglich. Aber es sind fragile Errungenschaften, die jeden Tag auf's Neue erkämpft werden müssen!

Spätestens seit dem Brexit und dem russischen Angriffskrieg muss uns allen klar sein: Frieden, Freiheit und Wohlstand, den uns die Europäische Union seit über 70 Jahren gesichert hat, sind in Gefahr: Auch hierzulande fabulieren Antieuropäer und Putin-Freunde wieder offen vom „Dexit“. Diesem Trend müssen wir entgegentreten, indem wir Europa gegen seine Feinde verteidigen – aber es auch noch besser machen!

Denn natürlich ist nicht alles gut so, wie es aktuell läuft in der Europäischen Union unter Ursula von der Leyen. Zu oft noch ist sie in den kleinen Dingen des Alltags zu bürokratisch, während sie bei den großen Herausforderungen unserer Zeit nicht handlungsfähig ist. Wir Freie Demokraten streiten daher stattdessen für eine EU, die auch in Zukunft Frieden sichert, Freiheit verteidigt und Wohlstand schafft.

Für mich bedeutet das konkret:

1. Wohlstand durch Marktwirtschaft und Innovation

Uns allen hat der europäische Binnenmarkt einen nie dagewesenen Wohlstand gebracht. Das hat die EU erreicht, indem sie Marktzutrittsschranken, Handelshemmnisse und unterschiedliche bürokratische Standards abgeschafft hat. Doch immer mehr Parteien im EU-Parlament setzen mittlerweile lieber auf Regulierung, Protektionismus und Technologiefeindlichkeit. Wir Liberale streiten stattdessen dafür, den Wohlstandsmotor Binnenmarkt wieder zu entfesseln, mutig in Zukunftstechnologien wie Gentechnik oder Kernfusion zu investieren und den Freihandel voranzutreiben!

2. Geschlossen nach außen auftreten mit einer starken EU-Armee

Vor unseren Toren steht ein Aggressor, der bereits bewiesen hat, Grenzen auch mit militärischer Gewalt verschieben zu wollen. Gleichzeitig ist unsicher, ob die USA unter einem möglichen Präsidenten Trump weiterhin für unsere Sicherheit sorgen wird. Die EU muss daher selbst außen- und verteidigungspolitisch handlungsfähig werden. Wir brauchen dafür endlich eine echte, gemeinsame Außenpolitik ohne Einstimmigkeitsprinzip und konkrete Schritte hin zu einer europäischen Armee.

3. Mutige Reformen für ein noch besseres Europa

Für all das braucht es mutige Reformen. Dazu gehören auch institutionelle Veränderungen, um die EU noch demokratischer zu machen: So sollten wir Wählerinnen und Wähler entscheiden, wer in die Kommission gewählt wird und wie diese regiert, ohne dass dies die Staats- und Regierungschefs im Hinterzimmer ausklügelnd. Das alles wird nicht einfach, aber wenn wir wirklich wollen, ist alles möglich! Das beweist allein, wie weit wir mit der europäischen Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg, als wir Europäer noch blutig gegeneinander gekämpft haben, bereits gekommen sind.

All das liegt allein in unseren Händen. Jeder von uns kann bei der Europawahl entscheiden, wie (und ob) es weitergeht mit Europa. Daher überzeugen Sie auch Ihre Familien, Freundinnen und Freunde, ihre Stimme abzugeben – für Europa und bestenfalls auch für ein liberaleres Europa. Es lohnt sich!

Phil Hackemann hat Politik- und Wirtschaftswissenschaften studiert und seinen Master 2019 an der London School of Economics abgeschlossen. Seither promoviert er an der LMU München mit Aufenthalt an der University of Oxford und arbeitet beruflich als Journalist. Gastbeiträge von ihm erschienen u.a. in Le Monde, Die Welt, Focus, F.A.Z. und taz.

Politiert hat ihn insbesondere der Brexit, den er bei seinem Studium in England hautnah miterleben musste. Dies hat ihm gezeigt, dass Europa nicht selbstverständlich ist. Daher hat er etwa an seinem Studienort Pulse of Europe mitgegründet oder das Projekt



Eines der Wahlkampfplakate mit Phil Hackemann

(Foto: FDP München)

YOUROPE ins Leben gerufen, welches von Join Politics gefördert wird.

Bei der FDP engagiert er sich derzeit ehrenamtlich u.a. als stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP Oberbayern, als Mitglied im Landesvorstand und Vorsitzender des Landesfachausschusses Außen- und Europapolitik der FDP Bayern sowie als stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses Internationales. Zur Europawahl 2024 tritt er als Spitzenkandidat der FDP Bayern und der Jungen Liberalen Deutschland auf Platz 7 der Bundesliste an.

Quelle: https://phil_hackemann.wahl.freie-demokraten.de/

Interview mit Dr. Robert Harrson:

Europawahl-Kandidat aus Zorneding

Das Interview führte Peter Pernsteiner, FDP Zorneding

Du hast schon mal 2018 für das Europa-Parlament kandidiert ... warum trittst Du erneut an?

Zorneding ist inzwischen zwar endgültig meine Heimat geworden, aber ich bin weiterhin auch ein echter Europäer und will Europa weiter verbessern. Ich möchte die Grenzen zwischen den einzelnen Staaten noch konsequenter abbauen, damit wir miteinander auch weiterhin in Frieden und Wohlstand leben können. Ich möchte das Vertrauen in das Projekt „Europa“ stärken und ärgere mich sehr über die total gegenläufigen Bestrebungen der AfD, die aktiv einen „Dexit“ propagiert. Unsere gemeinsame Währung ist ein Vorteil, den wir alle nicht nur im Urlaub zu schätzen gelernt haben. Deshalb müssen wir den Euro stärken und auch unsere Grenzen müssen unbedingt sicher bleiben. Ich hoffe aber auch sehr, dass meine Kontakte mit meinem Geburtsland Großbritannien dabei Helfen, wieder echte Brücken zwischen den beiden Staaten zu bauen.

Du sagtest gerade, unsere Grenzen müssen sicher bleiben? Wenn ich in Richtung Ukraine blicke, dann haben wir doch schon fast das sprichwörtliche „Feuer unterm Dach“?

Ja, der anhaltende Krieg der Russen in der Ukraine beunruhigt mich natürlich sehr. Deshalb muss Europa unbedingt seine Nachbarstaaten bei der Sicherung von deren Grenzen unterstützen. Das können wir nicht als Deutschland allein bewältigen. Wir können die Weltlage nur zusammen verbessern. Wir müssen die militärische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union stärken und ich möchte dazu beitragen.

Was sind Deine Hauptziele, wenn Du ins Europäische Parlament gewählt wirst?

Ich bin in London geboren und erst mit 25 Jahren nach Deutschland gekommen. Als promovierter Physiker und später als Patentanwalt habe ich Chancen erhalten, die ich in meinem Heimatland nie erhalten hätte. Ich kenne auch Deutsche, die im europäischen Ausland leben und Karriere

gemacht haben, die sie hier nie hätten machen können. Als überzeugte Liberaler will ich jeder und jedem ermöglichen, die eigenen beruflichen und persönlichen Ziele im In- und Ausland zu verwirklichen. Durch den Brexit haben wir gesehen, dass es politische, nationalistische Kräfte gibt, welche diese Freiheiten einschränken wollen. Als Mitglied des Europäischen Parlaments will ich dagegen kämpfen.

Wie möchtest Du als Mitglied des Europäischen Parlaments die Interessen Deiner Wählerinnen und Wähler vertreten?

Vor allem sehe ich mich als Vertreter der bayerischen Wählerinnen und Wähler. Ich bin in den letzten Wochen durch Bayern mehrmals gereist und habe die Klagen der Bauern und der Unternehmer über die Bürokratie aus Brüssel gehört. Ich plane auch mit den anderen Kollegen aus der liberalen Renew Europe Fraktion im Parlament künftige Gesetzesvorschläge unter der Lupe zu nehmen, um den bürokratischen Aufwand zu minimieren.

Welche politischen Themen sind Dir besonders wichtig und wie planst Du, diese im Europäischen Parlament zu fördern?

Als Physiker liegt mir das Thema Innovation am Herzen. Forschung und Entwicklung ist die Basis für unseren Wohlstand in Deutschland und Bayern. Ich will hier einen politischen Schwerpunkt setzen.

Was unterscheidet Deine politische Vision von der Deiner Mitbewerber und was glaubst Du, kannst Du einzigartig zum Europäischen Parlament beitragen?

Ich bin kein Berufspolitiker. Ich habe vierzig Jahre in der freien Wirtschaft gearbeitet. Ich weiß, wie das Leben in einem Unternehmen tickt. Ich will diese Erfahrung ins Parlament einbringen.

Welche Erfahrungen und Qualifikationen bringst Du in Deine Kandidatur ein, die Dir helfen werden, effektiv im Europäischen Parlament zu arbeiten?

Es gibt zu wenige Mitglieder im Europäischen Parlament mit einem naturwissenschaftlichen Hintergrund, welche die modernen Technologien wie Quantenphysik oder künstliche Intelligenz verstehen. Als Physiker habe ich in beiden Bereichen viel praktische Erfahrung gesammelt, die ich bei den politischen Debatten einbringen kann. Darüber

Auch unser Zornedinger Europawahl-Kandidat freute sich am 1. Mai in Zorneding nicht nur über das tolle Wetter sondern über die im Ort mit großem Engagement gelebte Maibaum-Tradition. (Foto: Harrison)



hinaus beschäftige ich mich seit vielen Jahren als Patentanwalt insbesondere mit Unternehmen auf dem großen Gebiet der neuen Technologien.

Wie wirst Du sicherstellen, dass die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger aus Deinem Wahlkreis im Europäischen Parlament gehört werden?

Präsenz. Ich plane nicht, die ganze Zeit in Brüssel zu verweilen. Ich will unterwegs sein. Ich will durch Bayern und durch andere europäische Länder reisen, um überall vor Ort die Themen zu hören, welche Sorge bei den Wählerin-

nen und Wählern verursachen. Ich will aber auch über Internet-Zoom-Calls Online-Bürgersprechstunden anbieten, damit ich regelmäßig erfahren kann, wie unsere Politik ankommt.

Wie planst Du, die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu fördern, um politische Ziele zu erreichen?

Die FDP ist Mitglied in der liberalen Renew-Europe-Fraktion des Europäischen Parlaments zusammen mit Renaissance, der Regierungspartei in Frankreich, als auch mit den Regierungsparteien u.a. in Belgien, Dänemark, Schweden und den Niederlanden. Wir wollen eine liberale Politik fördern. Unser gemeinsames Manifest für die Europawahlen zeigt diese freiheitliche Handschrift und wir werden dieses gemeinsam umsetzen.

Was sind Deiner Meinung nach die größten Herausforderungen, denen die EU in den kommenden Jahren gegenübersteht, und wie willst Du ihnen begegnen?

Verteidigung und Sicherung des Wohlstands in Europa. Wir müssen die russische Aggression gegen unsere Freunde in der Ukraine bekämpfen und haben mit der Spitzenkandidatin – unserer „Eurofighterin“ Marie-Agnes Strack-Zimmermann – eine ausgezeichnete Frau gewählt, die viel Erfahrung auf diesem Gebiet einbringt. Als Wirtschaftskenner wollen wir Maßnahmen ergreifen, um die Wirtschaft in Europa zu sichern. Und last but not least bleibt die Herausforderung des Klimaschutzes, dem wir nicht mit Verboten, sondern mit der Entwicklung von Alternativen begegnen wollen.

Wie stellst Du sicher, dass Deine politischen Entscheidungen im Europäischen Parlament nachhaltig und zukunftsorientiert sind, insbesondere in Bezug auf Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit?

Man wirft der FDP häufig vor, dass wir dem Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit keine Bedeutung beimessen. Das Gegenteil ist der Fall. Es war die FDP, welche das Umweltministerium in Deutschland gegründet hat. Wir haben die soziale Marktwirtschaft von Anfang an unterstützt – wir wollen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in allen Lebensphasen unterstützen. Das Geld für soziale Leistungen und für Umweltschutz muss verdient werden und daher le-

gen wir auch Wert darauf, dass die Wirtschaft erfolgreich ist, damit sie durch Arbeitsplätze und Abgaben in Form von Steuern ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft leistet.

Du sagtest vorhin, Du bist Physiker und Patentanwalt ... was reizte Dich an dieser beruflichen Kombination?

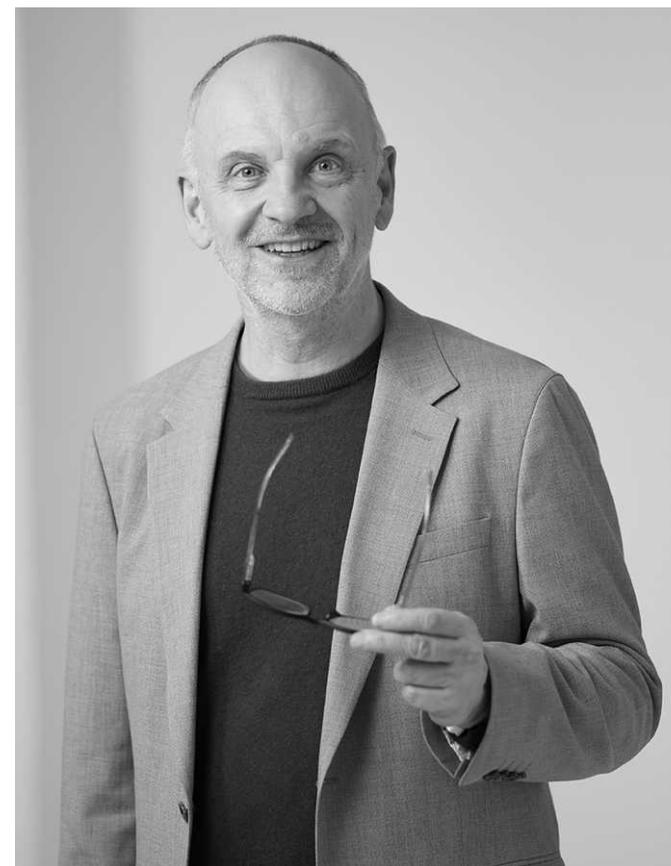
Ich habe mich im Rahmen meiner Promotion intensiv mit dem Bereich Festkörperphysik beschäftigt, wusste aber schon damals, dass auch in diesem Bereich immer wieder das Patentrecht eine zentrale Herausforderung ist. Deshalb habe ich mich schon bald nach der Promotion dafür entschieden, Patentanwalt zu werden. Es macht mir einfach Freude, der Forschung und der Industrie beim gegenseitigen Technologie-Transfer zu helfen. Auf dieser Basis kann ich für eine Verbesserung von Forschung und Entwicklung in Deutschland sorgen und dabei helfen, dass unser Land Spitzenreiter auf diesem Gebiet bleibt.

Du arbeitest in einer Kanzlei in München und kommst viel in Europa herum ... bleibt da überhaupt noch Zeit für Zorneding und für Freizeit?

Ja, ich liebe diesen kleinen Ort am Rande der Großstadt, denn hier lebt es sich direkter und persönlicher als in der Anonymität von Mega-Städten wie London oder München. Ich wohne nun schon 25 Jahre mit meiner Frau in Zorneding und freue mich, dass eines meiner beiden Kinder noch zu Hause wohnt und in Kirchseeon aufs Gymnasium geht. Von Zorneding aus kann man auch gut mit dem Fahrrad Ausflüge machen und für Wanderungen im bayerischen Alpenland ist es auch nicht weit. Darüber hinaus entspanne ich mich aber auch aktiv mit Musik. Ich spiele Querflöte und liebe beispielsweise Bach-Sonaten, habe aber auch früher mal sehr gerne in einer Gruppe für traditionelle Musik der britischen Inseln gespielt. Ich würde gerne auch etwas mehr Zeit haben, um zu lesen, denn ich liebe neben Klassikern vor allem neuere Romane und Bücher über Geschichte.

Welche Botschaft an die Wähler liegt Dir für den 9. Juni besonders am Herzen?

Ich wünsche mir, dass möglichst deutlich mehr Bürger wählen gehen. Wir hatten in Zorneding bei der Europawahl 2019 zwar immerhin fast 74 Prozent Wahlbeteiligung. Das sind erfreulicherweise rund fünf Prozent mehr als im Land-



Dr. Robert Harrison aus Zorneding (Foto: Laurence Chaperon)

kreis-Durchschnitt und fast 13 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt. Meiner Meinung nach könnte aber schon noch deutlich mehr gehen - bei der letzten Landtagswahl hatten wir in Zorneding fast 81 Prozent Wahlbeteiligung und bei der Bundestagswahl sogar fast 88 Prozent.

Europa bietet uns, unseren Kindern und unseren Enkelkindern so viele Möglichkeiten – beruflich und persönlich. Ich habe davon selbst profitiert. Wir müssen unbedingt die positiven Seiten der europäischen Zusammenarbeit noch weiter stärken. Deshalb müssen wir politische Parteien wählen, die unser Europa weiter entwickeln wollen – für mich ist das natürlich die FDP.

Steuereinnahmen vs. Steuerausgaben

Analyse der letzten 4 Jahrzehnte

von Melanie Schaffenroth, FDP Zorneding

Die Entwicklung der Steuereinnahmen und Steuerausgaben in Deutschland hat in den vergangenen vier Jahrzehnten erhebliche Veränderungen durchlaufen. Eine statistische Auswertung ermöglicht es, die Trends und Muster dieser Entwicklung zu verstehen und Schlüsse für die wirtschaftliche und steuerpolitische Lage zu ziehen.

1. Einleitung

Die Wirtschaftslage und die steuerlichen Rahmenbedingungen spielen eine entscheidende Rolle für die finanzielle Stabilität eines Landes. In diesem Artikel werfen wir einen Blick auf die Steuereinnahmen und Steuerausgaben in Deutschland von den 1980er Jahren bis zur Gegenwart, um



die Veränderungen im Laufe der Zeit zu untersuchen. Das Schaubild 1 bietet einen detaillierten Einblick in die Entwicklung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand in Deutschland über die Jahre hinweg. Dabei lässt sich ein stetiger Anstieg über den betrachteten Zeitraum von vier Jahrzehnten feststellen. Dieser Anstieg wird von verschiedenen Ereignissen und Entwicklungen geprägt, die sowohl kurz- als auch langfristige Auswirkungen auf die Finanzlage des Landes hatten.

Ein bedeutendes Ereignis, das einen markanten Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen hatte, war die Wiedervereinigung Deutschlands. Dieser Prozess führte zu erheblichen finanziellen Belastungen für den Staatshaushalt, darunter Kosten für den Aufbau und die Modernisierung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern sowie für soziale Programme zur Unterstützung der Integration.

Ein weiteres einschneidendes Ereignis war die Corona-Pandemie, die im Jahr 2020 weltweit massive wirtschaftliche Turbulenzen auslöste. In Deutschland führte die Pandemie zu einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, was sich auch in den öffentlichen Finanzen widerspiegelte. Die Regierung musste umfangreiche Hilfsprogramme auflegen, um Unternehmen und Bürger zu unterstützen, was zu einer Zunahme der Ausgaben führte.

Besonders bemerkenswert ist jedoch der Zeitraum von 2014 bis 2018, in dem Deutschland keine Nettokreditaufnahme verzeichnete, sondern stattdessen Nettokredittilgungen vornahm. Dies ist ein Zeichen für eine Phase relativer Stabilität und Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, in der die Einnahmen aus Steuern und anderen Quellen die Ausgaben deckten und sogar Überschüsse erwirtschaftet wurden. Diese Entwicklung kann auf eine solide wirtschaftliche Performance und eine konsequente Haushaltspolitik zurückgeführt werden.

Melanie Schaffenroth ist der zweite Teil der Doppelspitze des Ortsvorstands der FDP-Zorneding. Sie lebt gemeinsam mit ihrer Familie seit 2017 in Pöding. Beruflich ist sie Steuerjuristin. Mitte 2023 hat sie sich als Unternehmensberaterin selbständig gemacht. Sie unterstützt Firmen bei deren Unternehmensgründung, Steuerbuchhaltung und Aufstellung von deren Geschäftsprozessen. (Fotos: Schaffenroth)

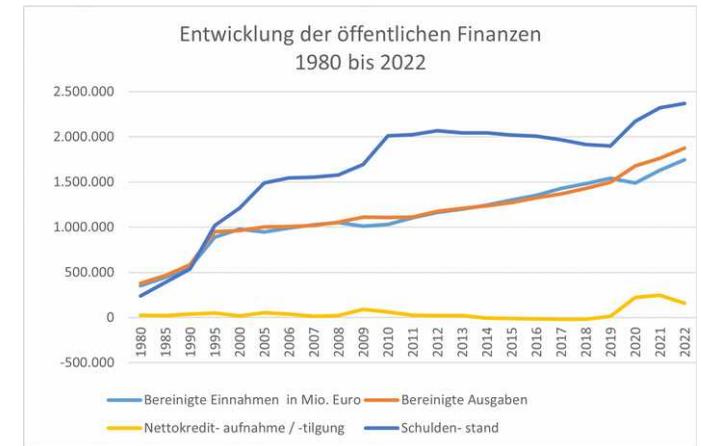


Schaubild 1: Finanzen und Steuern - Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts, Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts (Quelle: Statistisches Bundesamt, Grafiken: Schaffenroth)

Insgesamt verdeutlicht das Schaubild 1, wie verschiedene Ereignisse und Entwicklungen die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand in Deutschland beeinflusst haben. Es zeigt auch die Bedeutung einer stabilen und nachhaltigen Haushaltspolitik, um auf unvorhergesehene Ereignisse wie Wirtschaftskrisen oder Pandemien angemessen reagieren zu können.

2. Steuereinnahmen im Überblick

Das Schaubild 2 liefert eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Steuereinnahmen in Deutschland über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten, beginnend im Jahr 1980 bis hin zu 2020. Diese Analyse verdeutlicht eine bemerkenswerte Kontinuität im Anstieg der Steuereinnahmen, wobei bestimmte historische Ereignisse deutliche Auswirkungen auf diese Entwicklung hatten.

Insbesondere nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 verzeichnete das Land einen signifikanten Anstieg der Steuereinnahmen. Die wirtschaftliche Integration der ehemaligen Ost- und West-Teile Deutschlands sowie die damit einhergehenden Investitionen und Aufbauprogramme führten zu einem deutlichen Wachstum der Steu-

ereinnahmen.

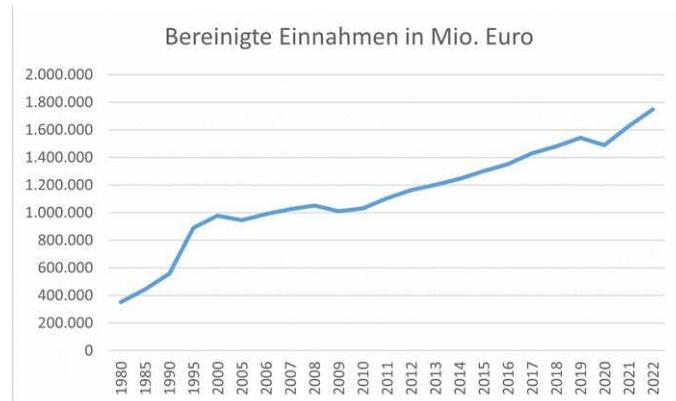
Vor der Corona-Pandemie, insbesondere in den Jahren 2009 bis 2019, war ein kontinuierlicher und stabiler Anstieg der Steuereinnahmen zu verzeichnen. Dieser positive Trend spiegelte die robuste wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wider, die von einem starken Wachstum und einer günstigen Beschäftigungslage geprägt war.

Allerdings führte die Corona-Pandemie im Jahr 2020 zu einem deutlichen Einbruch der Steuereinnahmen. Die wirtschaftlichen Einschränkungen und Lockdown-Maßnahmen führten zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität und damit zu einem Rückgang der Steuereinnahmen. Dieser Einbruch war jedoch vorübergehend, und bereits in den Jahren 2021 und 2022 setzte sich der positive Trend der Steuereinnahmen fort. Dies zeigt die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und ihre Fähigkeit, sich von Schocks wie der Corona-Pandemie zu erholen.

3. Steuerausgaben im Fokus

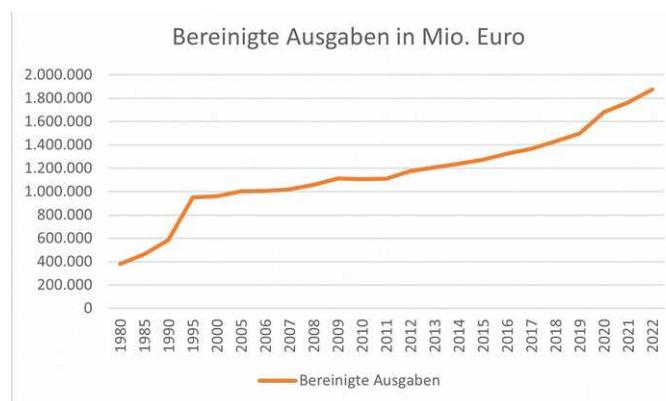
Das Schaubild 3 liefert eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Steuerausgaben in Deutschland über einen Zeitraum von vier Jahrzehnten, beginnend im Jahr 1980 bis hin zu 2020. Diese Analyse verdeutlicht ebenfalls markante Trends und Muster, wobei bestimmte historische Ereignisse wie die Wiedervereinigung und die Corona-Pandemie deutliche Auswirkungen auf diese Entwicklung hatten.

Schaubild 2 (Quelle: Statistisches Bundesamt, Grafik: Schaffenroth)



Insbesondere nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 ist ein markanter Anstieg der Steuerausgaben zu verzeichnen. Dies lässt sich vor allem durch umfangreiche Investitionen in Infrastrukturprojekte und soziale Programme erklären, die darauf abzielten, die Integration der ehemaligen Ost- und West-Teile Deutschlands voranzutreiben und den Aufbau im Osten zu fördern. Diese Ausgaben trugen wesentlich zur wirtschaftlichen Angleichung und Entwicklung des gesamten Landes bei, was sich auch in einem Anstieg der Steuerausgaben niederschlug. Die Dynamik der Steuerausgaben folgte weitgehend der Entwicklung der Steuereinnahmen, wobei ein Anstieg der Einnahmen in der Regel auch zu einem Anstieg der Ausgaben führte. Dies ist ein typisches Merkmal einer expansi-

Schaubild 3 (Quelle: Statistisches Bundesamt, Grafik: Schaffenroth)



ven Fiskalpolitik, bei der die Regierung durch erhöhte Ausgaben in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums die Nachfrage stimulieren und so das Wirtschaftswachstum ankurbeln möchte.

Jedoch ist auch der "Corona-Effekt" deutlich erkennbar, insbesondere im Jahr 2020 und den Folgejahren. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie führten zu einem beschleunigten Anstieg der Ausgaben, da die Regierung umfangreiche Maßnahmen ergriff, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern und die Gesundheitsinfrastruktur zu stärken. Diese zusätzlichen Ausgaben trugen dazu bei, die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft und die Bevölkerung zu mildern, führten jedoch auch zu einem deutlichen Anstieg der Staatsausgaben.

4. Vergleich und Schlussfolgerungen

Ein umfassender Blick auf die Schaubilder der Steuereinnahmen, Steuerausgaben und Nettokreditaufnahme von 1980 bis 2022 offenbart die komplexe Dynamik der finanzi-

ellen Entwicklung Deutschlands über diese vier Jahrzehnte hinweg. Ein direkter Vergleich der beiden Schaubilder verdeutlicht, dass es Phasen gab, in denen die Steuerausgaben die Steuereinnahmen überstiegen haben. Dies führte zu Haushaltsdefiziten, die in den Folgejahren durch verschiedene steuerpolitische Maßnahmen adressiert wurden.

Während der betrachteten Zeitspanne verzeichneten sowohl die Steuereinnahmen als auch die Steuerausgaben einen stetigen Anstieg, wobei bestimmte Ereignisse wie die Wiedervereinigung und die Corona-Pandemie signifikante Auswirkungen hatten. Der Anstieg der Steuereinnahmen war größtenteils kontinuierlich, wobei besonders die Jahre vor der Corona-Pandemie einen bemerkenswerten Aufwärtstrend aufwiesen. Dieser Trend wurde jedoch im Jahr 2020 durch die Pandemie unterbrochen, bevor er sich in den Jahren 2021 und 2022 wieder stabilisierte.

Auf der anderen Seite zeigte auch die Steigkurve der Steuerausgaben eine ähnliche Dynamik, wobei die Jahre nach der Wiedervereinigung einen deutlichen Anstieg verzeichneten. Diese erhöhten Ausgaben wurden oft durch Investitionen in Infrastrukturprojekte und soziale Programme getrieben, um die Integration und Entwicklung des wiedervereinigten Deutschlands voranzutreiben.

Der "Corona-Effekt" führte zu einem beschleunigten Anstieg der Ausgaben, da die Regierung umfangreiche Maßnahmen ergriff, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern.

Die Nettokreditaufnahme, wie in den Schaubildern dargestellt, spiegelte oft die finanzielle Belastung wider, die durch Haushaltsdefizite entstand, insbesondere in Zeiten, in denen die Steuerausgaben die Steuereinnahmen überstiegen haben. Jedoch gab es auch Phasen, in denen keine Nettokreditaufnahme erfolgte, sondern sogar Nettokredittilgungen stattfanden, wie beispielsweise in den Jahren 2014 bis 2018.

Es ist wichtig zu betonen, dass die steuerliche Landschaft von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird, darunter wirtschaftliche Entwicklungen, politische Entscheidungen und internationale Ereignisse. Eine umfassende Analyse erfordert daher eine ganzheitliche Betrachtung dieser Fakto-

ren, um fundierte Schlussfolgerungen über die wirtschaftliche und steuerpolitische Lage Deutschlands zu ziehen

5. Ausblick

Die Analyse der Trends der vergangenen Jahrzehnte bietet wertvolle Einblicke, die für die zukünftige steuerpolitische Ausrichtung Deutschlands von großer Bedeutung sind. Es ist essenziell, eine ausgewogene Balance zwischen Steuereinnahmen und Steuerausgaben zu finden, um eine nachhaltige finanzielle Entwicklung sicherzustellen.

Die statistische Auswertung der Steuereinnahmen und -ausgaben verdeutlicht die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung und steuerpolitische Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Eine fundierte Analyse dieser Daten ist entscheidend, um die Grundlagen für eine stabile wirtschaftliche Zukunft zu legen.

Der Fokus sollte darauf liegen, eine steuerpolitische Strategie zu entwickeln, die sowohl auf kurzfristige als auch auf langfristige Ziele ausgerichtet ist. Kurzfristig müssen Maßnahmen ergriffen werden, um auf unvorhergesehene Ereignisse wie wirtschaftliche Krisen oder Naturkatastrophen reagieren zu können. Langfristig sollte jedoch ein nachhaltiger Ansatz verfolgt werden, der eine langfristige Stabilität und Prosperität gewährleistet.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden, darunter die Förderung von Wachstum und Innovation, die Sicherung einer gerechten Verteilung der Steuerlast sowie die Gewährleistung einer effizienten und transparenten Verwendung der Steuereinnahmen.

Darüber hinaus ist es wichtig, die steuerpolitische Ausrichtung regelmäßig zu überprüfen und anzupassen, um auf veränderte wirtschaftliche, soziale und politische Rahmenbedingungen reagieren zu können. Eine kontinuierliche Evaluierung und Anpassung der steuerpolitischen Maßnahmen ist unerlässlich, um die finanzielle Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig zu sichern.

Aus dem Gemeinderat:

Erste Verkehrskonzept-Maßnahmen

von Peter Pernsteiner, FDP Zorneding

Am 20.2.2024 haben wir in einer öffentlichen Sondersitzung des Gemeinderats ein erstes Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Verkehrssituation von Zorneding angestoßen. Im Vorfeld gab es quasi als vorläufigen Abschluss der Verkehrsanalyse von 2021 und der gemeinsamen Erarbeitung unseres Verkehrskonzepts am 28.11.2023 in einer Sondersitzung einen umfassender Erläuterungsbericht. Die von uns beauftragte **Planungsgesellschaft Stadt Land Verkehr (PSLV)** hat die daraus resultierenden Vorschläge in einer großen „Maßnahmentabelle“ zusammengefasst, die in den Gemeinderatsfraktionen vordiskutiert wurde.

Im Hinblick auf die auch in Zorneding sehr knapp werden den Finanzmittel wurden die Einzelposten von PSLV für uns Gemeinderäte grob bezüglich der daraus möglicherweise resultierenden Kosten bewertet (gering – mittel – teuer). Auf dieser Basis haben wir am 20.2.2024 in der Sondersitzung in zahlreichen Einzelabstimmungen die für uns wesentlichsten Maßnahmen herauskristallisiert. In der nebenstehenden Tabelle sind nur die jeweils mehrheitlich unter diesen Prämissen priorisierten Maßnahmen aufgeführt. Dies heißt nicht, dass die anderen Maßnahmen ganz vom Tisch sind. Sie können durchaus später neu aufleben ... ebenso wie etwa der von mir am 25.7.2019 im Gemeinde-

Gemeinderats-Beschluss vom 20.2.2024:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, zu den beschlossenen Einzelmaßnahmen aus der Maßnahmenliste, die Kosten ermitteln zu lassen, die durch ein Planungsbüro mit dem Prüfauftrag der rechtlichen Umsetzbarkeit, anfallen würden, sofern dies durch den aktuellen Vertrag nicht gedeckt ist. Die Kosten werden dem Gemeinderat zur abschließenden Beschlussfassung vorgelegt.

Beschlussergebnis: 19 Ja : 0 Nein

Quelle für den Beschlusstext und die nebenstehende Tabelle: Öffentliches Protokoll der Gemeinderats-Sondersitzung unter <https://zorneding.ratsinfomanagement.net/recherche>
Suchbegriffe → Verkehrskonzept Niederschrift 21.02.2024
dann Mausklick auf → [Niederschrift öffentlich](#)



An dieser Kreuzung gibt es unter anderem viel Abkürzungsverkehr von der vom Hintergrund kommenden Bucher Straße in die Münchner Straße (rechts). (Foto: Pernsteiner)

rat eingebrachte Antrag auf Verlängerung des „Verkehrsberuhigten Bereichs“ von „An der Flur“ über die Lärchenstraße hinaus nach Norden Richtung Weiher nebst dazuge-

höriger Fußgänger-Querungshilfe für die Lärchenstraße. In einer späteren Sitzung wurde beschlossen, das Projekt Querungshilfe zurückzustellen ... bis zum Zeitpunkt der

Überprüfung im Rahmen der neuen Verkehrskonzeption. Wie es mit unseren unten aufgeführten 30 Maßnahmen weitergeht, ist eine spannende Frage. Hoffentlich scheitern selbst diese ohnehin kostengünstigen Maßnahmen nicht daran, dass deren für Landratsamt, Polizeiinspektion Poing und Straßenbauamt Rosenheim erforderliche Antragsausarbeitungen/Einzelgutachten zu teuer werden. Dass sich diese Behörden mit so manchen Wünschen unserer Gemeinde schwer tun, zeigt auch eine Bekanntgabe unseres Bürgermeisters in der Gemeinderatssitzung vom 25. April. Nach dem schweren Motorradunfall am 16. Dezember auf der St 2081 auf Höhe der Lärchenstraße stellte unsere Gemeinde im Januar erneut einen Antrag zur Temporeduzierung auf der St 2081 auf 70 km/h. Die Behörden sehen trotz 10 Unfällen in 6 Jahren an dieser Kreuzung weiterhin keinen Unfallschwerpunkt und keine Notwendigkeit für Tempo 70. Dies gilt auch für den Knotenpunkt an der Münchner Straße, der „nur“ 6 Unfälle in drei Jahren verzeichnete. Als kleiner Trost soll jetzt aber an beiden Bereichen ein STOP-Schild für den Verkehr von Osten kommen.

Erste mögliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen des Verkehrskonzepts der Gemeinde Zorneding

gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 20.2.2024 (mit den Abstimmungsergebnissen)

Geschwindigkeitsreduzierung Tempo 30

- Münchner Straße/Wasserburger Landstraße (alternativ Fahrradstreifen) (17:2)

Geschwindigkeitsreduzierung Zone 30

- Anzinger Straße (19:0)
- Bahnhofstraße (19:0)
- Bucher Straße (alternativ Fahrradstraße) (19:0)

Einrichtung Fahrradstraße prüfen

- Schulstraße (11:8)

Sicherheitsvorkehrungen für den Radverkehr prüfen

- Fahrradstreifen Wasserburger Straße/Münchner Straße (alternativ/ergänzend zu Geschw.red. Tempo 30) (19:0)
- Überleitung des Radwegs aus Richtung Baldham/Vaterstetten in die Münchner Straße (19:0)
- Am Hang Schulweg: fehlender Gehweg und Radweg, Unterbrechung für den Kfz-Verkehr nordwestlich des Gasthofs (14:5)

Gehwegverbreiterung

- Parkstraße im Zuge der Sanierung (19:0)

Sicherheitsvorkehrungen Fußgänger

- Fußgängerfurten Birkenstraße überprüfen (17:2)
- Querungsmöglichkeit Eglhartinger Straße prüfen (16:3)

Beschilderung mit Zeichen 357-50 (durchlässige Sackgasse, Durchfahrt für Fußgänger und Radfahrer möglich)

- Überall wo nötig (14:5)

Beschilderung mit Zeichen 239 (Fußweg) und Zusatzschild 1022-10 (Radfahrer frei)

- Lärchenstraße (13:6)
- Wohngebiet „Daxenberg“ (13:6)

Kreisverkehr StVO konform umgestalten

- Birkenstraße/Schulstraße/Bahnhofstraße (17:2)

Bau von Radwegen, Schließung von Lücken im Wegenetz

- Fußweg zwischen Lorenz-Stadler-Straße und Lindenstraße für Radfahrer erweitern (17:2)

Bauleitplanung

- Abstellsetzung auch für Fahrräder (17:2)

Reduzierung der Parkzeit

- Bahnhofsumfeld (18:1)

Parkverbote

- Prüfung von Parkverboten für Lkw, Wohnmobile, Anhänger im innerörtlichen Bereich (16:3)

Fahrbahnteiler/Mittelinsel als Geschwindigkeitsbremse

- Wasserburger Landstraße in Höhe Lorenz-Stadler-Straße (16:3)
- Nördlicher Ortseingang Wolfesing (14:5)
- Westlicher Ortseingang Münchner Straße (16:3)

Verkehrsberuhigung Bucher Straße/Am Sportpark

- Geschwindigkeitsreduzierung Tempo 70 zwischen Ortsschild und Kreisverkehr (19:0)
- Beschilderung Zeichen 136 „Achtung Kinder“ (11:8)

Verkehrsberuhigter Bereich (Zeichen 325)

- Burgstraße westlicher Teil, Zeichen 325 von der Straße Am Hang versetzen (13:6)

Fahrverbot für Schwerverkehr ab 3,5t (Zeichen 253 StVO, Anlieger frei)

- Münchner Straße/Wasserburger Landstraße (14:5)
- Bucher Straße (17:2)
- Lärchenstraße (14:5)

Straßensperrung

- Eglhartinger Straße (sog. „Ho-Chi-Minh-Pfad“) als temporäres Durchfahrtsverbot (19:0)
- Am Hang: Unterbrechung für den Kfz-Verkehr nordwestlich des Gasthofs aufgrund des fehlenden Geh- und Radwegs (14:5)

Maibaumtradition in Zorneding

Diesmal 39,94 Meter

von Peter Pernsteiner, FDP Zorneding

Alle fünf Jahre wird in Zorneding ein neuer Maibaum aufgestellt. Hierzu wurde diesmal bereits am 27. Oktober 2023 die erste Mitgliederversammlung des „Interessengemeinschaft Zornedinger Maibaum e.V.“ durchgeführt. Es ist immer toll, dass so viele Bürger einen Mitgliedsantrag unterschreiben und sich in den Folgemonaten aktiv einbringen - beim Bau vom Wachstüberl am Glasl-Hof in der Münchner Straße, bei der Durchführung von Wachdiensten, beim Vorbereiten des Maibaums, bei den Aufbauarbeiten für das große Fest, bei der Aufstellung des diesmal 39,94 Meter langen Maibaums, an den Ständen für Speisen und Getränke, bei den Aufräumarbeiten nach dem Fest und/oder bei vielen anderen kleinen oder großen Arbeiten. Außerdem gab es wieder zahlreiche Sponsoren und Spender.

Ab 28. März waren nette Veranstaltungen im Wachstüberl bei denen so mancher Verein für kulinarische Genüsse sorgte. Und viele haben sich im Stüberl einfach nur zum Ratsch oder für einen Vereins-Stammtisch getroffen. Das Fest selbst war ebenfalls ein voller Erfolg. Das Wetter zeigte sich von seiner schönsten Seite, die vor 170 Jahren gegründete Musikkapelle Münsing sorgte für Stimmung, der Maibaum stand Punkt 12 Uhr senkrecht und viele Familien und/oder Freunde trafen sich für einen Ratsch an den unzähligen Bierbänken.

Auch mir hat die Mitwirkung im Verein wieder sehr Spaß gemacht. Es ist einfach schön, dass so viele gemeinsam den Fortbestand der Maibaumtradition in Zorneding sichern. Das lässt sehr hoffen, dass wir hier in Zorneding trotz Großstadtnähe auch weiterhin eine wirklich gut funktionierende Dorfgemeinschaft haben.

Fotos links von oben nach unten: Stammtisch der FDP Zorneding am 18. April im Maibaumstüberl, Maibaum am Abend des 30. April, Anbringung der letzten Zunftzeichen am Nachmittag des 1. Mai, Musikkapelle Münsing am Abend des 1. Mai (Fotos: Harrison, Pernsteiner)

